

Weg mit Hartz IV: Für das Recht auf Existenzsicherung mit und ohne Arbeit!

Mit Hartz IV ist vielen Menschen das Recht auf die Führung einer menschenwürdigen Existenz genommen worden. Folgen sind Nulltarifarbeit, Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerung. Erwerbslose unterliegen seit Jahresbeginn einem verschärften doppelten Zwang. Nach dem objektiven Zwang müssen sie ihre Haut zu Markte tragen, um Leben zu können. Gelingt dies ihnen nicht, diktiert staatlicher Zwang, Tätigkeiten zu leisten, um eine Regelleistung unterhalb der bisherigen Sozialhilfe zu erhalten.

Im Mittelpunkt des staatlich erzwungenen Tätigseins Erwerbsloser steht der so genannte 1-Euro-Job. Dabei handelt es sich um grundgesetzwidrige und erzwungene Arbeit zum Nulltarif mit willkürlicher Mehraufwandsersatzung, die oft nicht für die Tickets im öffentlichen Nahverkehr ausreicht. Diese „Jobs“ tragen nichts bei zur Schaffung langfristiger Arbeitsplätze sowie zur Qualifizierung Langzeitarbeitsloser und deren Integration in den 1.Arbeitsmarkt. „1-Euro-Jobs“ führen zu Arbeit um jeden Preis, verdrängen reguläre Beschäftigung und bauen die Disziplinierung des Einzelnen (Prüfung der Arbeitsbereitschaft / „Aktivierung“) aus.

Nicht in Abrede gestellt wird, dass viele einzelne Menschen arbeiten wollen, auch unter den schlechtesten Bedingungen. Es liegt auf der Hand, dass gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet werden muss. Und klar ist auch, dass soziale Beziehungen und Kommunikation im Tätigsein Bestandteil selbstgewählter Aktivität des Menschen sind. Doch unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen stellen sich diese Fragen ganz anders: Die Arbeitskraft ist eine Ware und die Arbeiterin/ der Arbeiter muss diese Ware verkaufen, um leben zu können. Und der gesellschaftliche Aushandlungsprozess um die Höhe des Wertes der Ware Arbeitskraft ist ein Kampf um existenzielle Rechte, auch für diejenigen, die außerhalb der Lohnarbeit stehen.

Die massenhafte Förderung von „1-Euro-Jobs“ deutet auf das Ziel der Kapitaleigner hin: Erwerbsfähige sollen zu jedem Preis und unter allen Umständen arbeiten müssen, um die Ausweitung des Niedriglohnsektors mit staatlicher Hilfe zu erreichen. „1-Euro-Jobs“ sind nicht freiwillig, sondern ein Zwang bei Androhung von Hunger, Not und Wohnungslosigkeit. Folge ist, dass sich niemand mehr unentgeltliche, ehrenamtliche Arbeit leisten kann. Denn nun ist fast alle Arbeit zumutbar und davon soll jede/r leben müssen.

Wir verlangen ein Leben und Arbeiten in Würde. Dazu sind gesetzliche verbrieft Rechte erforderlich sowohl zur Führung eines würdevollen Lebens außerhalb von Lohnarbeit als auch zur Existenzsicherung in Erwerbsarbeit. Denn Vollbeschäftigung wird es nicht mehr geben. Lohnarbeit verliert ihre lebensprägende Funktion. Mit Hilfe einer ausreichenden lohnarbeitsunabhängigen Existenzsicherung werden notwendige Tätigkeitsbereiche aufgewertet, die bisher ehrenamtlich in der Freizeit durchgeführt werden. Rechte stehen nicht wie Geister über der Gesellschaft. Wir wissen, dass uns soziale Rechte nicht wie reife Äpfel in den Schoß fallen. Rechte sind Ergebnis und Ziel von langandauernden Kämpfen. Sie leben durch ihre immer neuerliche Geltentmachung. Wir werden das Recht auf Existenzsicherung mit und ohne Arbeit neu erkämpfen müssen.

Auf dem Weg dorthin werden wir im Jahr 2005:

1. Unsere Forderungen entlang der Lebenswirklichkeit der Betroffenen diskutieren
2. den politischen, juristischen Widerstand entwickeln und entfalten
3. die „1-Euro-Jobs“ öffentlich skandalisieren und Aktionen unterstützen
4. die Selbstorganisation von Erwerbslosen und prekär Arbeitenden fördern
5. die Diskussionen anderer Strukturen im Kampf gegen Hartz IV kennen lernen, um einen gemeinsamen, aufeinander beziehbaren politischen Widerstand zu entwickeln
6. die ideologische Auseinandersetzung mit neoliberalen Ansichten führen.